

## Der Bürger lässt sich nicht die Stimme nehmen ! Demonstration für den Erhalt des Bürgerfunks

Protestveranstaltung am Samstag, den 17. März 2007, 14.00 Uhr auf der Domplatte in Köln



Unter dem Motto und dem Transparent:



"LoComLORA-Bürgerfunk Bonn: Händeweg vom Bürgerfunk!" beteiligten sich viele Bürgerinnen & Bürger aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis an der landesweiten Protestveranstaltung am 17. März 2007 auf der Domplatte in Köln **gegen** das Gesetzesvorhaben der CDU/FDP-Koalition in NRW, den Bürgerfunk quasi abzuschaffen.

**Der Bürger lässt sich nicht die Stimme nehmen !**

**Trotz durchwachsenem Frühlingswetter konnten die Veranstalter über den Zeitraum von 4 Stunden bis zu 1000 Teilnehmern zählen. An diesem Tag wurden weitere 532 neue Unterschriften zum Erhalt des Bürgerfunks abgegeben, womit inzwischen rund 19.000 Bürger/innen unterschrieben haben.**



**Aber nicht nur das soll ein Signal nach Düsseldorf sein. Zur Verteidigung des Kommunikations- und Kulturgutes Bürgerfunk wirkten Repräsentanten vieler unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mit. Damit wird unmissverständlich gezeigt,**

**dass ein uneingeschränkter Bürgerfunk von der gesamten Gesellschaft gewünscht und getragen wird.**



**Diese legitimen Interessen stehen gegen die Wirtschaftsinteressen des privaten Lokalfunks, die CDU und FDP 1:1 in den Gesetzentwurf eingearbeitet haben.**

**Wie der ehemalige Präses des Rats der evangelischen Kirche, Manfred Kock, zum Schluss der Kundgebung betonte, bedarf Wirtschaft aber auch ethischer Verantwortung für die Gesellschaft. „Wer die Sendezeiten des Bürgerfunks völlig an den Rand drängt, wer die Sendezeiten weiter beschneidet, handelt unverantwortlich.“**



**Als weitere Redner unterstützten die Forderungen des Bürgerfunks nach Erhalt der bisherigen Rahmenbedingungen: Oliver Keymis – MdL, Vizepräsident des Landtags, Dr. Wolfgang Uellenberg – DGB-Vorsitzender der Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, Marc Jan Eumann – MdL, medienpolitischer Sprecher der SPD, Hannelore Bartscherer – Vorsitzende des Katholikenausschusses Köln – und Hermann Josef Doerfner – stellv. Vorsitzender CDA Köln.**

**Beeindruckend war auch die Unterstützung im kulturellen Programmteil, in dem alle Künstler unentgeltlich auftraten: Gerd Köster und Frank Hocker, Wilfried Schmickler, Rolly Brings, Klaus der Geiger, Magic Street Voices,**



**Heinrich Pahl und viele mehr.**

**Sie alle standen dafür, den Abgeordneten der**

**Regierungskoalition in Düsseldorf zu signalisieren, dass sie als gewählte Volksvertreter eine Verantwortung gegenüber ihren Wählern haben und nicht hinzunehmen ist, dass singuläre Wirtschaftsinteressen Vorrang gegenüber dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Meinungsfreiheit sowie der rundfunkgesetzlich vorgeschriebenen Meinungsvielfalt haben sollen.**

**Sie alle zeigten der Politik, wie wichtig ihnen Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie ist! "Wir lassen uns nicht mundtot machen! Wir sind die Bürger!"**

**Bilder von dieser eindrucksvollen Demonstration für Meinungsfreiheit & Meinungsvielfalt:**









Fotos: Ulrich M. Golinske

## **Worum geht es? Informationen zur Sache**

### **Politik schafft den BÜRGERfunk ab!**

CDU und FDP in NRW wollen den gesetzlich verankerten Abschied auf Raten

Mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesmediengesetzes NRW im Landtag am 26.01.2007 hat die Politik nach Monaten der Beschwichtigung endlich die Karten auf den Tisch gelegt. CDU und FDP wollen den Bürgerfunk zunächst aushungern: Reduzierung auf täglich 1 Stunde Sendezeit (in Bonn bisher 2 Stunden), Verlegung auf 21 Uhr, Streichung der bisherigen Finanzierung etc. Die komplette nichtkommerzielle Unterstützungsstruktur - rund 160 Radiowerkstätten in NRW - ist in ihrer Existenz bedroht. In überwiegend ehrenamtlicher Arbeit haben die Radiowerkstätten den radiobegeisterten Bürgern in den letzten 16 Jahren die Infrastruktur zum Senden bereitgestellt.

**Aber es geht um mehr.** Als der private Lokalfunk in NRW zugelassen wurde, hatte sich damals der Gesetzgeber darauf verstanden, Rundfunk als Kulturgut zu sehen. Hier sollten Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit verwirklicht werden. Inzwischen haben sich die Zeiten geändert. Parteien, die die freie Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben, entscheiden nun protektionistisch nach der Maßgabe der Sicherung des wirtschaftlichen Betriebs des privaten Lokalfunks, d.h. der Lokalradios und des landesweiten Radio-NRW, die ohnehin schon Marktführer sind.

**Auf der Strecke bleibt der Bürger.** Bisher hat er noch die Möglichkeit, über eine der Radiowerkstätten im lokalen Bürgerfunk seine Meinung öffentlich und unzensuriert zu verbreiten. So entsteht Gegenöffentlichkeit. Viele Vorgänge und Themen, die sonst in Presse und Rundfunk/Fernsehen verschwiegen werden, können auf diese Weise publiziert werden. Darüber hinaus erfüllt der Bürgerfunk seine Aufgabe als Vielfaltsreserve im Lokalfunk. Deshalb wird er konsequenterweise auch aus den Rundfunkgebühren unterstützt. Von den Gebühren eines jeden Gebührenzahlers gehen ca. 22 Euro-Cent im Jahr an den Bürgerfunk. Und die Qualität für dieses Geld kann sich hören lassen, was zahlreiche Hörfunkpreise für den Bürgerfunk belegen. Als der Bürgerfunk im Vergleich zum Lokalfunk unverhältnismäßig viele Preise erhielt, wurde er in eine eigene Sparte abgedrängt.

Nutznieser dieser für den Bürgerfunk restriktiven Gesetzesnovelle ist vor allem Radio-NRW, das neben den Nachrichten- und Werbeblocks auch das übrige Programm des Lokalradios weitgehend beherrscht. Denn Radio-NRW liefert jeden Tag das Rahmenprogramm, wenn die Lokalradios aus dem Äther gehen. Einzig der Bürgerfunk stört noch die Kreise von Radio-NRW. Dort glaubt man, sein Einheitsprogramm noch besser und ohne Reibungsverluste über NRW ausbreiten zu können, wenn der Bürgerfunk reduziert wird bzw. ganz verschwindet. Aber gerade durch den starken lokalen Bezug in seinen Programmen unterstützt der Bürgerfunk das jeweilige Lokalradio. Zudem ist der Lokalfunk in NRW auch jetzt schon das wirtschaftlich erfolgreichste Rundfunkmodell Deutschlands, müsste also nicht durch Gesetzesinitiative noch mehr in wirtschaftlicher Hinsicht gestärkt werden. Außerdem haben CDU und FDP bereits 2005 in ihrer Koalitionsvereinbarung Radio-NRW die in Zukunft freiwerdenden Frequenzen vom BFBS (British Forces Broadcasting Service) zugesprochen, zur Einrichtung einer zweiten landesweiten Hörfunkkette. Parteien und Politik sind anscheinend nur noch Handlanger des Kommerzes. Der

grundgesetzliche Gedanke des Bürgerfunks von Meinungsfreiheit, Medien- und Demokratieteilhabe verkommt zur Farce.

### **Wir fordern**

Beibehaltung des Bürgerfunks in seiner jetzigen Form.

Gesetzliche Festschreibung der Funktionen des Bürgerfunks:  
Partizipation, Medienkompetenzvermittlung und lokalpublizistische  
Ergänzung!

Ausstrahlung des Bürgerfunks zu hörerrelevanten Zeiten, also von 18 - 20 Uhr!

Bewahrung der Unabhängigkeit vom Musikformat und anderen Vorgaben des Senders!

Produktion von Bürgerfunksendungen ausschließlich in anerkannten Radiowerkstätten!

Stärkung der Programmverantwortung von Bürgerfunkgruppen oder der Radiowerkstatt!

Beibehaltung einer Förderung, die nicht auf die Auszehrung des Bürgerfunks abzielt!

Beibehaltung des Grundsatzes, dass Rundfunk ein Kulturgut und kein reines Wirtschaftsgut ist!

### **Weitere Informationen zum Thema in unserem Internetportal**

**[www.locomnet.de](http://www.locomnet.de)**

<http://www.locomnet.de/echonet/012005/medien/556/index.html>

mit weiteren Links.

*Ulrich M. Golinske*